

Verein zur Förderung der Frauenpolitik in Deutschland e.V.  
Geschäftsstelle der BAG Brunnenstraße 128 13355 Berlin

Minister für Justiz, Gleichstellung und  
Integration des Landes Schleswig-Holstein  
Emil Schmalfuß  
Postfach 7145  
24171 Kiel

Nürnberg, den 17.2.12

## Rücknahme der Sparmaßnahmen für Frauenhäuser

Sehr geehrter Herr Minister Schmalfuß,

die BAG kommunaler Frauenbüros unterstützt die Stellungnahme von Terre des Femmes bezüglich der Sparmaßnahmen der schleswig-holsteinischen Landesregierung bei den Maßnahmen gegen Häusliche Gewalt, die direkten Einfluss auf das Leben von Gewalt betroffenen Frauen haben.

Besonders betroffen von den Einsparungen sind Frauen und deren Kinder aus Lübeck und Umgebung. Die Schließung des AWO-Frauenhauses zum Ende des Jahres 2011 hat zu einer Überlastung des Autonomen Frauenhauses geführt, das deshalb einen kurzzeitigen Aufnahmestopp verhängen musste. Hilfesuchende Frauen mussten somit auf Frauenhäuser außerhalb Lübecks ausweichen oder sie mussten – besonders fatal – zurück in ihr unsicheres Heim gehen. Dies kann schlimme Folgen für ihre körperliche und seelische Gesundheit haben!

Ähnlich prekär sieht die Situation in Wedel aus. Der Weiterbetrieb des Frauenhauses ist in diesem Jahr nur durch zahlreiche Spenden möglich gemacht worden, ansonsten hätten auch hier zum Ende des letzten Jahres die Türen geschlossen werden müssen.

Ist es der Wunsch der Landesregierung, dass die Frauen zurück zu ihren gewalttätigen Männern gehen müssen?  
Ein Leben ohne Gewalt ist ein Menschenrecht, das von jeder Landesregierung unterstützt und somit auch finanziert werden muss!

## Sprecherinnengremium

- Roswitha Bocklage**  
Stadt Wuppertal  
Leiterin der Gleichstellungsstelle  
für Frau und Mann  
Johannes-Rau-Platz 1  
42275 Wuppertal  
Tel. 0202 – 563 53 70  
Fax 0202 – 563 84 91  
roswitha.bocklage@stadt.wuppertal.de
  
- Dörthe Domzig**  
Stadt Heidelberg  
Leiterin des Amtes für Chancengleichheit  
Bergheimer Straße 69  
69115 Heidelberg  
Tel. 06221 – 581 55 00  
Fax 06221 – 584 91 60  
chancengleichheit@heidelberg.de
  
- Heidrun Dräger**  
Landkreis Ludwigslust  
Beauftragte für Gleichstellung  
und Migration  
Garnisonsstraße 1  
19288 Ludwigslust  
Tel. 03874 – 624 19 61  
Fax 03874 – 624 39 19 61  
h.draeger@ludwigslust.de
  
- Ida Hiller**  
Stadt Nürnberg  
Frauenbeauftragte  
Fünferplatz 1  
90403 Nürnberg  
Tel. 0911 – 231 41 84  
Fax 0911 – 231 50 95  
ida.hiller@stadt.nuernberg.de
  
- Dr. Hiltrud Höreth**  
Stadt Aschaffenburg  
Leiterin der Gleichstellungsstelle  
Dalbergstraße 15  
63739 Aschaffenburg  
Tel. 06021 – 330 14 18  
Fax 06021 – 33 07 20  
hiltrud.hoereth@aschaffenburg.de
  
- Carmen Munoz-Berz**  
Stadt Waldbröl  
Gleichstellungsbeauftragte  
Theodor-Storm-Straße 6  
51545 Waldbröl  
Tel. 02291 – 90 81 15  
Fax 02291 – 90 81 55  
carmen.munoz-berz@waldbroel.de
  
- Margareta Seibert**  
Stadt Hessisch Oldendorf  
Gleichstellungsbeauftragte  
Marktplatz 13  
31840 Hessisch Oldendorf  
Tel. 05152 – 78 21 70  
Fax 05152 – 78 23 02  
mseibert@stadt-hessisch-oldendorf.de

Es muss das Ziel jeder Regierung sein, Frauen in gewalttätigen und schwierigen Lebenssituationen zu unterstützen. Immer noch erleidet jede vierte Frau in Deutschland häusliche Gewalt. Frauen müssen adäquate Hilfe erhalten, um den Weg aus einer gewalttätigen Partnerschaft zu finden. Eine Grundbedingung dafür ist die Bereitstellung von ausreichend regionalen Frauenhausplätzen für alle von Gewalt betroffenen Frauen. Zu dieser Maßnahme hat sich die Bundesregierung im letzten Jahr offiziell durch die Unterzeichnung des Europaratsübereinkommens zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt verpflichtet.

Wir fordern deshalb die Landesregierung Schleswig-Holstein auf, die Sparmaßnahmen im Bereich Häusliche Gewalt unverzüglich zu stoppen und für eine ausreichende und dauerhafte Finanzierung von allen Frauenberatungsstellen und Frauenhäusern im Land Schleswig-Holstein zu sorgen! Dass der Bedarf vorhanden ist, zeigen die gestiegenen Auslastungszahlen aus den letzten Jahren.

Bis dahin muss das Autonome Frauenhaus in Lübeck unverzüglich ausreichende finanzielle Unterstützung erhalten, um den gestiegenen Mehrbedarf decken und allen hilfeschuchenden Frauen und deren Kindern eine sichere Unterkunft anbieten zu können. Frauen, die flüchten müssen, können nicht auf eine Warteliste gesetzt werden!

Mit freundlichen Grüßen

Ida Hiller  
für die Sprecherinnen der BAG